

USA NACH DEM WECHSEL

Jubel im rechten Lager

Die innenpolitischen Vorstellungen des neuen US-Präsidenten George Bush nehmen erste Formen an: Sozialarbeit wird von religiösen Wohltätigkeitsorganisationen übernommen, Privatisierung im Bildungswesen und ein echter Hardliner als Justizminister. Der Rechtsaußenflügel ist begeistert.

Kaum zwei Wochen im Amt, und schon liegen die ersten umfassenden Entwürfe vor, die George Bush im Wahlkampf in das Mäntelchen "mitfühlender Konservatismus" ("compassionate conservatism") gepackt hatte. Jetzt allerdings lassen seine Projekte eher auf einen kompromisslosen Kurs der Regierung Bush schließen.

Ein Kurs, der sich nur allzu deutlich in der Wahl des Regierungsteams niederschlägt: Entgegen dem Versprechen, als "uniter", nicht als "divider" aufzutreten, und sein Kabinett parteiübergreifend und versöhnungsorientiert zu gestalten, hat George W. Bush die 15 Posten fast ausnahmslos mit

knallharten Rechtsauslegern besetzt. Zum ersten Mal seit 1952 kontrollieren ausschließlich Republikaner das Weiße Haus und die beiden Kammern des US-Kongress. Der Rechtsaußenflügel der konservativen Republikaner ist seitdem hellauf begeistert.

Dazu geben die ersten Kostproben von Regierungsaktionen auch reichlich Anlass: So werden zum Beispiel allen US-Organisationen, die im Ausland arbeiten und die sich nicht gegen das Abtreibungsrecht aussprechen, die Mittel gestrichen. Auf einem der größten und schönsten Naturschutzgebiete der Welt, dem Arctic National Wildlife Refuge, sollen Bohrtürme für Erd-

öl und Erdgas entstehen. Bush will wesentliche Umweltschutzmaßnahmen, die Clinton per Dekret angeordnet hatte, wieder rückgängig machen.

Sozialpolitik: Ein Job für die Kirche

Außenpolitisch scheint der Beraterkreis um Bush mit seinen Politikvorstellungen immer noch in der Denkweise des Kalten Krieges beheimatet. Da mögen die moderaten Verlautbarungen des Außenministers Colin Powell noch so zurückhaltend, ja fast vernünftig klingen. Es ist jedoch nicht Powell, der US-Außenpolitik formuliert. Es

ist eine Mischung aus rechten think tanks, "strategischen" und "nationalen" Interessen sowie das Ergebnis der Tagespolitik. Bush und seine Berater haben eine Linie angekündigt, die auf einen Konfrontationskurs mit China und Russland, wahrscheinlich auch mit Westeuropa hinauslaufen könnte. Mit der berühmtenberühmten "National Missile Defence" (NMD) wird der Reagan'sche "Krieg der Sterne" wieder aus der Schublade geholt. Das Projekt wird Milliarden zusätzlicher Dollars in den Rachen der Rüstungsindustrie schaufeln. Dem Bürgerkriegsland Kolumbien, in dem US-Erdölkonzerne ihren Interessen nachgehen wollen, steht unter dem Deckmantel "Drogenkrieg" Schlimmeres bevor als während der Clinton-Regierung.

Sozialpolitische Aufgaben, so lautet die Devise der neuen Regierung, sollten in größerem Stil von religiösen Grup-

pierungen übernommen werden. Bush kündigte an, in fünf Ministerien sowie im Weißen Haus Koordinierungsbüros einzurichten, aus denen heraus Wohltätigkeitsorganisationen bei sozialen Aktivitäten unterstützt werden sollen. Bush-Berater spielten die religiösen Prinzipien dieser Organisationen herunter und behaupteten, es handle sich um die Stärkung der "communities" und der "Zivilgesellschaft".

Wie die neue Regierung die US-Verfassung, in der die strikte Trennung zwischen Religion und Staat festgeschrieben ist, umgehen will, steht schon fest. So soll, statt direkter Überweisungen aus der Staatskasse an die jeweilige konfessionelle Organisation, ein privatwirtschaftlicher Fonds eingerichtet werden. Zudem will Bush "AmeriCorps", eine US-Freiwilligenorganisation im In- und Ausland, ausbauen. "Ameri-

ABTREIBUNG

Lebensschützer können auf Bush zählen

Gleich zu Beginn seiner Amtszeit macht George W. Bush klar: Das Recht auf Abtreibung wird eingeschränkt werden.

Die Sektgläser der Inaugurationsfeiern waren noch nicht gespült, da schritt der umständlich gewählte Präsident bereits zu konkreten Taten: Mit der Finanzierung von Organisationen im Ausland, die Abtreibungen nicht grundsätzlich ablehnen, ist künftig Schluss. Mit dem Erlass machte Bush die von seinem Vorgänger William Clinton freigegebenen 425 Millionen Dollar für Entwicklungsprogramme, die Abtreibung als legitim behandeln, rückgängig und setzte eine Regelung wieder in Kraft, die unter Ronald Reagan und Bushs Vater gültig war. Bush setzte noch eins drauf: Er schickte einer Demonstration von rund 25.000 Abtreibungsgegnern ("Abtreibung ist Mord") in Washington eine Sympathiebotschaft. Mit ihnen wolle er sich dafür einsetzen, dass "jedes Kind im Leben willkommen ist und gesetzlich geschützt wird", hieß es in der Erklärung, und: "Uns vereint ein großes Ziel".

Grußbotschaft an AbtreibungsgegnerInnen

Die US-Entwicklungsprogramme für Familienplanung und Schwangerenberatung im Ausland sind, gemessen an ihrer Summe, eher klein. Sie sollen nicht eingefroren, sondern nur an genehmere Organisationen "umgeleitet" werden. Doch Bushs Verfügung, die quasi seine erste Amtshandlung darstellt, ist ein politisches Signal. Der neue ameri-

kanische Präsident verkündete seine Entscheidung ausgerechnet am 28. Jahrestag des Urteils im Fall "Roe gegen Wade". In diesem Urteil hatte der Oberste Gerichtshof festgelegt, dass die Entscheidung über einen Schwangerschaftsabbruch bei der Frau liegt. Mit der Maßnahme beschwört die neue Rechtsregierung bewusst eine Abtreibungsdebatte herauf,

mit dem Ziel, ihre rechten und christlich-fundamentalistischen Anhänger bei der Stange zu halten. Für viele Abtreibungsgegner geht Bush freilich noch nicht weit genug. Sie verweisen darauf, dass er in sein Kabinett auch Abtreibungsbefürworter wie Außenminister Powell oder Energieministerin Whitman aufgenommen hat. Selbst First Lady Bush äußerte vor wenigen

Tagen im Fernsehen, das Abtreibungsrecht beibehalten zu wollen. Dennoch hat die wohlorganisierte extreme Rechte einen ersten Punktsieg errungen.

Enttäuscht bis entsetzt waren US-Frauenorganisationen, die in ihrer großen Mehrheit den Demokraten nahestehen. Gloria Feldt, Vorsitzende der Organisation "Planned Parenthood", vergleichbar mit der deutschen "Pro Familia", erklärte, sie habe gehofft, Bush würde die angekündigte Entscheidung nicht treffen. Die Präsidentin der "National Organization for Women", Patricia Ireland, bezeichnete Bushs Maßnahme als "direkte Bedrohung der Gesundheit und des Lebens von Frauen

weltweit und ein schlimmes Omen".

Bush habe "die moderate Maske, die er im Wahlkampf trug, fallen gelassen." Weitere Vertreterinnen von Frauenorganisationen kündigten an, gegen die Rücknahme hart erkämpfter Rechte Widerstand zu organisieren. Dafür, dass Bush und seine Verbündeten ihren strammen Rechtskurs weiterfahren können, wird auch Innenminister John Ashcroft sorgen. Er gilt als militanter Abtreibungsgegner. Ashcroft könnte das Abtreibungsrecht sogar ganz kippen - zusammen mit Bush, wenn dieser neue Richter für das Oberste Gericht ernennt.

Max Boehnel

Max Boehnel ist freier Journalist und lebt in New York.



Vergeblicher Protest gegen neuen Justizminister: Patricia Ireland, Präsidentin der "National Organization for Women", auf einer Demonstration am 31. Januar 2001. (Foto: epa)

Corps" umwirbt zum Beispiel reiche und gelangweilte Amerikaner mit der Aussicht, Urlaub und gutes Gewissen miteinander in Einklang zu bringen: "Englisch lehren in Ghana, Meeresschildkröten retten, Waisenkindern in Rumänien helfen oder Dinosaurierknochen ausgraben", heißt es in der Internet-Werbebrochure. Wo die Wohltätigkeit der neuen US-Regierung in Wirklichkeit beheimatet ist, darauf liefern die Biographien der von Bush ernannten Programm-Verantwortlichen einen Hinweis. John Dilulio war einer der Ideologen der Gefängnisindustrie und Mitarbeiter am CIA-gesponserten "Manhattan Institute".

Die "faith based initiative" zog bislang nur verhaltene Kritik nach sich. So protestierten wenige liberale christliche und jüdische Organisationen, die auf der Trennung von Staat und Religion beharren. Und die amerikanische Bürgerrechtsvereinigung warnte, die neue Politik sei ein "Rezept für Diskriminierung". So könne zukünftig zum Beispiel "eine katholische Kirchengemeinde, die öffentliche Mittel für ein Alphabetisierungsprogramm erhält, jederzeit eine unverheiratete Lehrerin entlassen, wenn sie schwanger wird." Der Vorsitzende der demokratischen Minderheit im Repräsentantenhaus zeigte sich dagegen an der Bush-Initiative "interessiert". In welcher Form das Programm umgesetzt wird, hängt letztendlich von den politischen deals zwischen Demokraten und Republikanern im US-Kongress ab.

Staatliche geförderte Leistung

Weitere Elemente seines "mitfühlenden Konservatismus" hatte Bush schon eine Woche zuvor konkretisiert. So hatte er die Themen Steuern und Bildung zu Prioritäten erklärt. Im Steuerbereich hatte es offenbar eine Abmachung hinter verschlossenen Türen gegeben. Notenbankchef Alan Greenspan trat vor einer Woche mit der überraschenden Äußerung an die Öffentlichkeit, die Zentralbank befürworte Steuersenkungen. Damit verabschiedete sich Greenspan zum ersten Mal seit Jahren öffentlich von seiner Position, dem Schuldenabbau müsse Priorität eingeräumt werden. Und er gab den Steuersenkungsvorschlägen Bushs - sie waren im Wahlkampf von den Demokraten als "Steuergeschenke für die reiche Oberschicht" kritisiert worden - grünes Licht. Dennoch äußerte sich der Notenbankchef zu Bushs Plan einer Senkung von 1,6 Billionen Dollar über zehn Jahre nicht. Am Dienstag revanchierte sich Bush bei Greenspan mit der Äußerung, er werde sich



Grund zum Jubeln. Ari Fleischer, neuer Sprecher des Weißen Hauses, erklärt der Presse den ersten Bush-Akt: Künftig werden US-Organisationen, die im Ausland arbeiten und die sich nicht gegen das Abtreibungsrecht aussprechen, die Mittel gestrichen. (Foto: epa)

seinerseits nicht in die Politik der Zentralbank einmischen.

Dass die neue US-Regierung kein Porzellan zerschlagen und ihren Rechtskurs keinesfalls gegen die Demokraten im Kongress weiterfahren will, zeigen Bushs Vorschläge im Bildungsbereich. Man wolle keine Kinder "zurücklassen", lautet die Formel, und eine "Erziehungsreform" herbeiführen. Er wolle durchsetzen, so Bush vor kurzem, dass "jedes Kind bis zur dritten Klasse lesen kann". Ein ehrgeiziges Ziel. Denn rund 38 Prozent der amerikanischen Viertklässler können keinen einfachen Text lesen. 64 Prozent der afroamerikanischen Schüler und 60 Prozent der Latino-Kinder liegen unter dem Niveau der einfachsten Lese-, Schreib- und Rechenkenntnisse. Programme zur Alphabetisierung ja, aber was ist mit den "zerbröckelnden Schulgebäuden und den übervollen Klassen?", fragte dazu die Tageszeitung "Christian Science Monitor" kritisch. Bushs Antwort lautet Schulreform und Privatisierung. Im Mittelpunkt seiner Vorschläge stehen die "vouchers", Steuergutscheine für Eltern, die ihre Kinder nicht in eine öffentliche, sondern in eine Privatschule schicken wollen. Gleichzeitig sollen Bush zufolge Schulen, die "leistungsfähigere" Resultate zeigen, aus staatlichen Mitteln gefördert werden. Dieser Vorschlag geht den Demokraten allerdings zu weit.

Etwas mühevoll und dennoch erfolgreich verlief Bushs Initiative, den christlichen Fundamentalisten John Ashcroft zum Justizminister zu ernennen. In der Geschichte der USA gab es keinen einzigen Justizminister mit so vielen Gegenstimmen. Der Entscheidung waren heftige politische Debatten voraus-

gegangen. Doch letztendlich wollten sich die Republikaner und ihr "front runner" Bush offensichtlich mit einem rechtsextremen Justizminister bei den Rechtsaußen-Lobbies und ihrer Rückendeckung für Bush im Wahlkampf revanchieren. Die Zeitschrift "The Nation" berichtete, schon im parteiinternen Vorwahlkampf des Frühjahrs 2000 sei das Bush-Lager einen "faustischen Handel" mit den organisierten christlichen Fundamentalisten eingegangen.

Die ersten Warnungen vor Ashcroft hatten säkulare Gruppen und Frauenorganisationen ausgerufen. Der streng gläubige Christ und fanatische Abtreibungsgegner verstehe sich als konservativer Soldat im Kulturkrieg für das "roll back" des amerikanischen Liberalismus. So hatte Ashcroft noch 1998 in der Zeitschrift "Human Events" gesagt, er würde, falls er dazu die Möglichkeit habe, "das in der Verfassung verbrieft Lebensrecht jedes ungeborenen Kindes anerkennen und jede Abtreibung verbieten, außer, wenn das Leben der Mutter bedroht ist". Ashcroft machte außerdem deutlich, dass er vergewaltigte Frauen zur Geburt zwingen und sogar Verhütungsmittel verbieten würde.

Rechter Justizminister als Dankeschön

Afroamerikanische und hispanische Bürgerrechtler wiesen auf Ashcrofts rassistische Gesinnung. In einem Interview mit der separatistischen Südstaatler-Zeitschrift "Southern Partisan" hatte Ashcroft 1998 die Geschichte der Konföderierten und ihrer Symbole - und damit das Fundament der amerikanischen Wirtschaft, das Sklavenhalter-system - gerechtfertigt. Ein

Jahr später ließ sich Ashcroft in South Carolina von der "Bob Jones"-Universität ehren, wo Schwarze und Weiße bis vergangenes Jahr keine Beziehungen eingehen durften. Wo Ashcroft zum Thema Gleichberechtigung steht, bewies ein weiterer Fall aus dem Staat Missouri. Ashcroft lehnte die Ernennung von Ronnie White zum Bundesrichter ab. White, ein Afroamerikaner, tendiere "schwer zu Kriminellen" und zeige "schlechte Leistungen bei der Todesstrafe", hatte Ashcroft seine Ablehnung begründet. Der 58-jährige ist selbstredend ein grundsätzlicher Befürworter der Todesstrafe und lehnt darüberhinaus jegliche Beschränkung des Waffentragens ab.

Auch der Gewerkschaftsbund AFL-CIO mobilisierte, wenn auch nur in Form von Protestschreiben, gegen Ashcroft. Bei Abstimmungen im US-Kongress hatte der Ex-Senator jedes Mal gegen Gewerkschafts- und Arbeitnehmerinteressen gestimmt. Bei der berüchtigten Sozialhilfe- und Wohlfahrtsreform von 1996 unter der Clinton-Regierung etwa war Ashcroft der Autor eines Abschnittes, der religiösen Gruppierungen die Ausübung öffentlicher Dienste erlaubt. Und nicht zuletzt machte Ashcroft immer wieder als Schwulen-Gegner von sich reden. Massiv wandte er sich gegen die Ernennung von James Hormel zum US-Botschafter in Luxemburg. Hormels "Lebensstil" erschien Ashcroft "beleidigend".

Max Boehnel

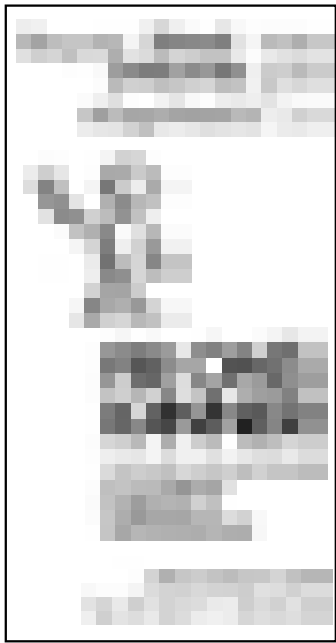
Avis

Ministère des Travaux Publics Administration des Ponts et Chaussées Division des Services Régionaux Service Régional de Diekirch - Vianden Commune de Bastendorf Avis d'adjudication publique

Le mercredi 28 février 2001, à 10:00 heures, il sera procédé au bâtiment des Ponts et Chaussées à L-9280 Diekirch, 1, rue de Stavelot (tél: 80 32 25), à l'ouverture des soumissions concernant les travaux suivants

- 1.- Objet des travaux:** Redressement du CR 353 à l'entrée et à la sortie de Bastendorf P.K. 1,100 - 1,880 et 2,240 - 2,460 avec renforcement et renouvellement partiel de la conduite d'eau.
- 2.- Envergure des travaux:** Chaussée: 6.000 m2; Concassés HF 0/50: 16.000 to; Conduite d'eau en fonte-ductile DN 100: 2125 m'
- 3. - Durée prévisible des travaux:** 290 jours ouvrables. (200 jours pour chaussée; 90 jours pour la conduite d'eau).
- 4. - Début prévisible des travaux:** avril 2001.
- La visite des lieux se fera le** mercredi 14 février 2001 à 15.00 heures **Rendez- vous:** près du cimetière à Bastendorf

Les bordereaux et cahiers spéciaux des charges peuvent être retirés audit bâtiment les jours ouvrables de 8 à 12 heures. Les offres sont à remettre avant les jours et heures fixés ci-dessus à Monsieur le préposé du service régional de Diekirch - Vianden à L-9280 Diekirch, 1, rue de Stavelot conformément aux dispositions de l'article 29 du règlement grand-ducal du 2 janvier 1989 portant institution d'un cahier général des charges applicable aux marchés publics de travaux



et de fournitures pour compte de l'Etat ainsi que de l'article 42 du règlement grand-ducal du 10 janvier 1989 portant exécution du chapitre 2 de la loi du 04 avril 1974 concernant le régime des marchés pour compte des communes.

L'administration communale de Bastendorf La Ministre des Travaux Publics Erna-Hennicot-Schoepges

Ministère des Travaux Publics Administration des Bâtiments Publics Division des Services Spéciaux Avis d'adjudication

Le **vendredi 2 mars 2001 à 10:00 heures** du matin, il sera procédé aux bureaux de l'administration des Bâtiments publics, 10, rue du St. Esprit à Luxembourg, à l'ouverture de la soumission concernant **les travaux de chauffage et de ventilation dans l'intérêt de la rénovation de la Villa Louvigny - Ministère de la Santé**

Envergure de l'objet: **Élimination et reconstruction de 2 réservoirs de 20.000 l, Collecteurs principaux et régulation, 1 groupe de ventilation + 10 clapets coupe-feu.**

Les travaux sont adjugés en bloc à prix unitaires. Le début des travaux est prévu pour fin juin 2001. La durée des travaux est de 30 jours ouvrables Les amateurs sont tenus d'introduire leur **candidature écrite** au moins 1 jour ouvrable avant de retirer le dossier de soumission à l'Administration des Bâtiments publics "Soumissions" Boîte Postale 112 L-2011 Luxembourg Télécopieur: 46 19 19 - 323 Les plans, cahiers de charges et bordereaux de soumission sont à la disposition des candidats à l'adresse de l'administration au plutôt le **jeudi 8 février 2001**.

Les offres qui sont établies sur des bordereaux qui n'ont pas été retirés à l'adresse indiquée ci-avant ne sont pas prises en considération. Les pièces conformes aux prescriptions des articles 28 et 29 du règlement grand-ducal du 2 janvier 1989 et portant l'inscription: **"Soumission pour les travauxetc."** doivent se trouver aux bureaux de l'administration des Bâtiments publics, 10, rue du St. Esprit à Luxembourg, avant l'heure fixée pour l'ouverture.

Luxembourg, le 5 février 2001 La Ministre des Travaux Publics Erna Hennicot-Schoepges